

NACHRICHTEN

Pinochet-Gutachten wird veröffentlicht

LONDON: Das medizinische Gutachten zum Gesundheitszustand des chilenischen Ex-Diktators Augusto Pinochet muss veröffentlicht werden. Dies ordnete die Berufungskammer des Londoner High Court am Dienstag an. In dem Gutachten wurde dem 84-Jährigen Prozessunfähigkeit bescheinigt. Belgien und sechs Menschenrechtsorganisationen, unter ihnen amnesty international, hatten daraufhin verlangt, das umstrittene Gutachten zu veröffentlichen und eine neue medizinische Expertise zu erstellen. Der britische Innenminister Jack Straw hatte nach Lektüre des Gutachtens Anfang Januar angekündigt, er sei «geneigt», Pinochet aus gesundheitlichen Gründen nach Chile ausreisen zu lassen. Der Ex-Diktator war im Oktober 1998 während eines Klinikaufenthalts in London festgenommen worden.

Johannes Rau auf Staatsbesuch in Israel

JERUSALEM: Der deutsche Bundespräsident Johannes Rau ist am Dienstag zu einer elftägigen Nahost-Reise in Israel eingetroffen. Dabei hat er die Unterstützung Deutschlands für den Nahost-Friedensprozess bekräftigt. Rau wurde in Jerusalem mit militärischen Ehren begrüßt. Bei seinem Empfang durch Israels Staatspräsidenten Ezer Weizman zum Beginn seiner Nahost-Reise sagte Rau in Jerusalem, Frieden solle mehr sein als die Abwesenheit von Krieg. «Wenn dabei europäische und deutsche Hilfe



gefragt ist, dann soll sie gegeben werden». Weizman betonte in seiner Ansprache, Israel und Deutschland verbinde eine «besondere Beziehung positiver Art, die im Schatten der sechs Millionen steht», die von den Nationalsozialisten ermordet wurden. Ausserdem kam Rau zu einem Gespräch mit Aussenminister David Levi zusammen. Anschliessend wollte der Bundespräsident an einer Diskussion in einem wissenschaftlichen Institut der evangelischen Kirche teilnehmen. Für den Abend war eine weitere Begegnung mit Weizman vorgesehen. Rau ist seit 15 Jahren der erste Bundespräsident, der Israel besucht. Als erster deutscher Politiker soll er am Mittwoch eine Rede vor dem israelischen Parlament, der Knesset, halten. Es wird erwartet, dass er das aussergewöhnliche Forum für Aussagen zur deutschen Schuld am Holocaust nutzen wird. Rau hält sich bis Samstag in Israel auf und setzt seine elftägige Nahost-Reise anschliessend mit Besuchen in den Palästinensergebieten und in Ägypten fort. Dabei will Palästinenserpräsident Jassir Arafat und den Ägyptens Präsidenten Husni Mubarak treffen. In den Palästinensergebieten stehen kulturelle und wirtschaftliche Fragen im Mittelpunkt des Besuchs.

Verfassungsreform in Simbabwe gescheitert

HARARE: In Simbabwe ist Staatspräsident Robert Mugabe mit einer geplanten Verfassungsreform gescheitert. Bei einer Volksabstimmung lehnte die Mehrheit der Wähler das Vorhaben ab. Gemäss dem amtlichen Endergebnis stimmten 697 754 Wahlberechtigte gegen die Reform, die Mugabe mehr Macht gegeben hätte. Dafür waren 578 210 Wähler. Auch der angestrebten entschuldigungslosen Enteignung weisser Farmer in dem südafrikanischen Land wurde damit ein Riegel geschoben. Die Opposition erklärte, eine Mehrheit in der Bevölkerung wolle nicht, dass Mugabe noch mächtiger werde. Das Referendum galt auch als Testabstimmung vor der Parlamentswahl im April. Beobachter werteten das Nein zur Verfassungsreform als Denkwort für Mugabe. Der Präsident, der bereits seit der Unabhängigkeit im Jahr 1980 an der Spitze des ehemaligen Rhodesien steht, hatte dazu aufgerufen, mit «Ja» zu stimmen.

Putin wil Präsident werden

Mit der Registratur durch die russische Wahlkommission letzte offizielle Hürde genommen

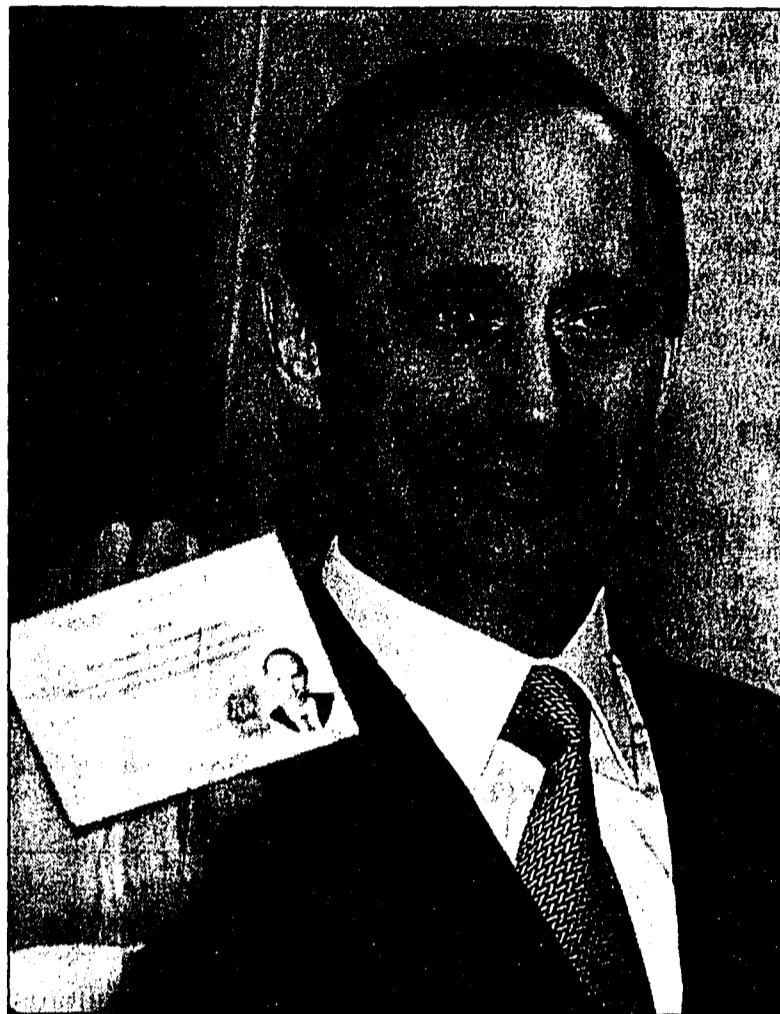
MOSKAU: Der russische Übergangspräsident Wladimir Putin ist von der zentralen russischen Wahlkommission als Kandidat für die Präsidentenwahl am 26. März registriert worden. Die Registrierung ist die letzte formale Hürde für Bewerber um das höchste russische Staatsamt.

Die Wahlkommission billigte am Dienstag einstimmig das Gesuch Putins und gab bekannt, er habe alle notwendigen Dokumente vorgelegt. Dazu gehören 500 000 Unterschriften von Anhängern sowie Angaben über das Einkommen des Kandidaten in den vergangenen zwei Jahren. Vor Putin war bereits dessen grösster Konkurrent um das Präsidentenamt, der Kommunisten-Chef Gennadi Sjuganow, offiziell als Kandidat anerkannt worden.

Putin gibt sich kämpferisch

Putin wies Behauptungen zurück, der Wahlausgang sei bereits entschieden, weil er keine ernstzunehmenden Konkurrenten habe. Putin sagte, er werde nicht nur an der Wahl teilnehmen, sondern die Wählerschaft durch sein Programm und seine Ideen zu überzeugen suchen.

Sein Programm werde er nach dem 25. Februar vorlegen, wie es das Wahlgesetz vorschreibe. In ei-



Lächelnd zeigt Russlands Interimspräsident Vladimir Putin seinen von der Wahlkommission ausgestellten Ausweis. (Bild: Keystone)

ner Umfrage am Wochenende erklärten 48 Prozent der Befragten, Putin ihre Stimme bei der Wahl geben zu wollen. Lediglich 14 Prozent

entschieden sich für Sjuganow. Der Wahlkampf in den Printmedien darf erst am 23. Februar aufgenommen werden, in den elektronischen Medien am 6. März. Der Vorsitzende der Wahlkommission, Alexander Weschnjakow, hatte erklärt, es werde Beschwerden nachgegangen, wonach Putin und Sjuganow gegen diese Vorschrift verstossen hätten.

Bereits Medienpräsenz

Putin hatte in der vergangenen Woche bereits ein Fernsehinterview gegeben und auf Fragen telefonisch zugeschalteter Zuschauer geantwortet. Sein schärfster Konkurrent Sjuganow hatte sein Programm bereits in einer Pressekonferenz bekanntgegeben.

Insgesamt haben sich 15 Kandidaten für die Teilnahme bei der Präsidentenwahl beworben. Neben Putin und Sjuganow wurde bisher auch die Kandidatur des Politikers Alexej Podberjoskin offiziell anerkannt. Ausser Putin und Sjuganow werden den übrigen Kandidaten kaum Chancen auf einen Wahlsieg eingeräumt.

Der russische Präsident Boris Jelzin war am Silvestertag 1999 überraschend zurückgetreten und hatte seinen Wunschnachfolger Putin als Übergangstaatschef eingesetzt. Die ursprünglich erst für Juni geplanten Wahlen wurden auf März vorgezogen.

Scharfe Kritik am Westen

UNHCR-Sondergesandter bemängelt fehlendes Engagement im Kosovo

GENF: Der UNHCR-Sondergesandte Dennis McNamara hat am Dienstag den Westen wegen seines «fehlenden Engagements» für den Aufbau der Demokratie im Kosovo scharf kritisiert. Dieser habe nur in seine militärische Kapazität investiert, sagte McNamara.

«Die westlichen Regierungen müssen zum Aufbau von Recht und Ordnung im Kosovo beitragen», sagte McNamara vor den Medien in

Genf. Es gebe keine Anzeichen, dass die internationale Gemeinschaft die 5000 von der UNO angeforderten Polizisten stellen wolle, betonte McNamara. Bisher sei weniger als die Hälfte der Polizisten im Kosovo.

Der Krieg im Kosovo sei von der NATO im Namen der Menschenrechte und der Demokratie geführt worden, betonte McNamara weiter, der beim UNO-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) für den Balkan zu-

ständig ist. «Die gleichen Ziele müssen auch im Frieden gelten». Bisher seien keine diesbezüglichen, ausreichenden Schritte in der Öffentlichkeit zu sehen.

Die Hilfe im Kosovo müsse mit der politischen und wirtschaftlichen Situation verknüpft werden, forderte McNamara. «Die internationale Gemeinschaft muss mehr Druck auf die lokalen Anführer ausüben». Es könne noch Jahrzehnte dauern, bis im Kosovo ein demokratisches Sys-

tem und Toleranz gegenüber ethnischen Minderheiten herrsche.

Die Extremisten beider ethnischen Seiten im Kosovo müssten verhaftet und vor Gericht gestellt werden, forderte McNamara. «Kosovska Mitrovica ist die Frontlinie der Konflikte im Kosovo». Der Aufbau eines funktionierenden Rechtssystems im Kosovo sei für die Zukunft der Provinz von «entscheidender Bedeutung», betonte der UNHCR-Sondergesandte.

Unruhen in Westtimor

UNHCR beklagt neue Sicherheits-Zwischenfälle

GENF: In den Flüchtlingslagern in Westtimor ist es in den letzten Tagen zu neuen Zwischenfällen gekommen. Dies erklärte der Sprecher des UNO-Flüchtlingshilfswerkes (UNHCR), Kris Janowski, am Dienstag in Genf.

UNHCR-Mitarbeiter seien am letzten Freitag in ihrem Fahrzeug in einem Lager für osttimoresische Flüchtlinge bei Atambua mit Steinen beworfen worden, sagte Janowski. Die Equipe führte eine Informationskampagne zur Repatriierung der Flüchtlinge durch.

Bei einem zweiten Zwischenfall am Montag richteten Polizeieskorten ihre Gewehre auf einen UNHCR-Mitarbeiter und schossen in die Luft, um den Konvoi zum Stillstand zu bringen. Die fünf Polizisten hätten essen gehen wollen, sagte Janowski. Bei beiden Zwischenfällen gab es keine Verletzte.

Bei Behörden interveniert

Das UNHCR hat bei den indonesischen Behörden in den letzten Wochen mehrmals wegen den zunehmenden Zwischenfällen in Westtimor interveniert. Diese Zwischenfälle behindern die Repatriierungsbemühungen. In Westtimor halten sich weiterhin über 100 000



Während die Vorbereitungen für die Wahlen in Ost-Timor vorangetrieben werden und auch der Besuch von UNO-Generalsekretär Kofi Annan erwartet wird, kritisiert das UNHCR die sich häufenden Zwischenfälle in den westtimoresischen Flüchtlingslagern. (Bild: Keystone)

osttimoresische Flüchtlinge auf. Seit Beginn des Repatriierungsprogramms im letzten Oktober sind 140 000 Flüchtlinge in ihre Heimat zurückgekehrt.

Die Rückkehrwelle ist nach UNHCR-Angaben seit Mitte Dezember angesichts der Präsenz von Mi-

lizangehörigen in den Lagern zurückgegangen. Pro-indonesische Milizen hatten das von Indonesien 1976 völkerrechtswidrig annektierte Osttimor nach einem Unabhängigkeitsvotum der Bevölkerung Ende August 1999 mit einer Welle der Gewalt überzogen.

Annan reist nach Osttimor

JAKARTA: UNO-Generalsekretär Kofi Annan hat die Absetzung des früheren indonesischen Armeechefs Wiranto begrüsst. Es sei sehr wichtig, dass Jakarta die Verantwortlichen für die Gräueltaten in Osttimor zur Rechenschaft ziehe, sagte Annan. Falls die indonesische Justiz in der Lage sei, die Verbrechen in Osttimor zu verhandeln, sei ein internationales Gericht überflüssig, hatte Annan betont. Bei seinem zweitägigen Besuch in Indonesien will Annan heute mit den politischen Führern des Landes zusammentreffen, bevor er erstmals nach Osttimor reist. Nach zweiwöchigem Machtkampf hatte sich Präsident Wahid in der Nacht zum Montag gegen Wiranto durchgesetzt und den umstrittenen General bis auf weiteres von seinem Amt als Sicherheitsminister entbunden. Dem früheren Verteidigungsminister habe eine indonesische Ermittlungskommission vorgeworfen, für die Terrorwelle in Osttimor mitverantwortlich zu sein. Dort waren radikale Nationalisten mit Unterstützung der Armee gegen jene Bewohner vorgegangen, die sich Ende August in einer Volksabstimmung für die Unabhängigkeit von Indonesien ausgesprochen hatten.